



Hier geblieben!

Bleiberechtsregelung jetzt!

Aufruf zur Demonstration in Hanau am Samstag, 3. Dezember, 11 Uhr

Ort: Altstädter Markt (Goldschmiedehaus)

In Deutschland leben etwa 200.000 Menschen, die lediglich „geduldet“ sind, allein in Hessen sind es mehr als 15.000. Die Duldung ist der unsicherste Aufenthaltsstatus, sie bedeutet nur, dass die Abschiebung vorübergehend ausgesetzt ist. Dennoch leben die meisten der Geduldeten schon seit vielen Jahren hier, oft handelt es sich um Familien mit Kindern, die hier geboren und aufgewachsen sind. Sie haben sich hier integriert und haben hier ihre Freunde, oft sprechen sie besser Deutsch als die Sprache des Landes, das sie zum Teil nur vom Hörensagen kennen, und das doch nach Ansicht der Behörden ihr Heimatland ist. Obwohl sie Teil dieser Gesellschaft sind, werden ihnen grundlegende Rechte vorenthalten und sie müssen ständig mit der Angst leben, abgeschoben zu werden. Diese Menschen brauchen endlich eine gesicherte Perspektive in Deutschland, das längst ihre Heimat geworden ist.

Als im letzten Jahr das Zuwanderungsgesetz beschlossen wurde, sollten damit auch die Kettenduldungen abgeschafft werden. Als Kettenduldungen wird die Praxis bezeichnet, den Betroffenen eine Duldung nach der nächsten auszustellen, ohne Aussicht auf einen gesicherten Aufenthalt. Ein dreiviertel Jahr später zeigt sich, dass dieses Versprechen in keiner Weise gehalten worden ist – die Regelungen zur Beendigung der Kettenduldungen, insbesondere der § 25.5 des Aufenthaltsgesetzes, laufen ins Leere, da sie restriktiv ausgelegt werden. Dies liegt in Hessen vor Allem an einem Erlass des Innenministeriums, der eine solche restriktive Interpretation vorschreibt. Die Zahl derer, die dadurch in Hessen eine Aufenthaltserlaubnis bekommen haben, lässt sich an einer Hand abzählen.

Die Situation der Geduldeten hat sich im Gegenteil sogar eher verschlechtert: Vielen von ihnen ist die Arbeitserlaubnis entzogen worden, große Gruppen von langjährig Geduldeten wie z.B. die Minderheiten-

angehörigen aus dem Kosovo sind akut von Abschiebung bedroht. Anderen Flüchtlingen wie denjenigen aus dem Irak wird der Asylstatus aberkannt und sie werden in die Duldung gedrängt, um sie auf Vorrat „abschiebungsreif“ zu machen.

Seit Jahren schon fordern Flüchtlingsinitiativen eine großzügige Bleiberechtsregelung, damit der unwürdige Schwebestand, in dem sich die Menschen seit langem befinden, endlich beendet wird. Jetzt sind die Politikerinnen und Politiker am Zug, denn sie haben die Möglichkeiten, den Geduldeten eine Perspektive zu geben.

Auf den letzten Innenministerkonferenzen stand eine Bleiberechtsregelung jedes Mal auf der Tagesordnung, doch scheiterten alle diese Vorstöße am Widerstand der CDU-regierten Bundesländer. Auch Hessens Innenminister Volker Bouffier gehörte in der Vergangenheit immer zu denjenigen, die sich einer solchen Regelung verweigerten. Dies muss sich bei der nächsten IMK, die am 8./9. Dezember in Karlsruhe stattfindet, ändern!

Eine Bleiberechtsregelung, die diesen Namen auch verdient, muss sich an den Menschen und ihren Schicksalen orientieren. Es müssen möglichst viele Menschen von einer solchen Regelung profitieren können. Das bedeutet auch, dass der Bezug von Sozialleistungen kein Ausschlussgrund sein darf, da viele der Geduldeten aus Gesundheitsgründen entweder nicht arbeiten können oder weil ihnen Arbeitsagenturen und Ausländerbehörden die Arbeitsaufnahme verbieten.

Wir fordern:

- **Eine großzügige Bleiberechtsregelung für die 200.000 Geduldeten in Deutschland**
- **Der Status der Duldung muss insgesamt abgeschafft und durch sichere Aufenthaltstitel ersetzt werden**
- **Wer lange hier lebt, muss bleiben dürfen!**

Zum Beispiel: Familie Ayhanci, Ronneburg-Altwiedermuß

Seit 12 Jahren lebt die türkische Familie in Deutschland. Die Kinder sind hier aufgewachsen, gehen alle zur Schule oder machen eine Ausbildung. Sie verstehen kaum ein Wort Türkisch. Seit einer Weile verzichten die Eltern auf den Bezug von Sozialhilfe, aber da ihnen Arbeitsagentur und Ausländerbehörde bisher nur Teilzeitbeschäftigungen erlauben, kommen sie damit gerade so über die Runden.

1999 wurde der Familienvater Hüseyin Ayhanci in die Türkei abgeschoben; nachdem er dort von der Polizei gefoltert wurde, kehrte er nach Deutschland zu seiner Familie zurück. Dennoch wurden die Asylanträge abgelehnt. Die Familie ist seit vielen Jahren nur geduldet und muss weiterhin mit Abschiebung rechnen.

Zum Beispiel: Familie Hussain, Hanau

Der Familienvater, Amin Hussain, lebt bereits seit 18 Jahren in Deutschland. Er heiratete seine Ehefrau in den 90ern, beide stammen aus Bangladesh. Die zwei

Aus diesem Grund rufen wir, die Unterzeichner/innen dieses Aufrufs, zu einer Demonstration für Bleiberecht in Hanau am Samstag, dem 3. Dezember, auf. In vielen hessischen Städten werden Aktionen und Veranstaltungen stattfinden, um das Thema kurz vor der Innenministerkonferenz noch einmal in die Öffentlichkeit zu bringen. Und wir wollen damit ganz konkret Volker Bouffier auffordern, endlich einer Bleiberechtsregelung zuzustimmen und sich bei seinen Innenministerkollegen für eine solche Regelung einzusetzen.

Kinder Yasin und Mahin im Alter von 3 und 5 Jahren sind in Deutschland geboren.

Herr Hussain arbeitete 15 Jahre lang als Koch in Hanau, bis er vor zwei Jahren aufgrund der ständigen Angst vor der Abschiebung psychisch erkrankte. Er gilt als schwer suizidgefährdet.

Zum Beispiel: Familie Sahbaz, Hanau-Großauheim

1996 floh die Familie mit ihrem kleinen Sohn Baris vor dem türkischen Militär nach Deutschland. Zwei weitere Kinder kamen hier zur Welt. Die Mutter ist schwer traumatisiert und seit Jahren in psychiatrischer Behandlung. Wegen einer Abschiebeandrohung vor zweieinhalb Jahren wollte sie sich das Leben nehmen. Nach einer großen Solidaritätsaktion der MitschülerInnen von Baris sagte der Hanauer Oberbürgermeister Kaminsky damals ein Bleiberecht zu.

Nachdem die Familie alle Bedingungen dafür erfüllt hat, hat sich jetzt das hessische Innenministerium eingeschaltet und will, dass die Familie stattdessen abgeschoben wird.

Erstunterzeichner/innen: Diakonische Flüchtlingshilfe im MKK - Initiative "Bleiberecht f. Familie Ayhanci" (Ronneburg) - Kinder- u. Elterninitiative "Hilfe für Baris" (Hanau) - Unterstützerkreis d. Familie Zülküflü (Rodenbach) - GEW Kreisverbände Hanau, Gelnhausen, Schlüchtern - Erwerbslosenkreis Hanau - Flüchtlings-Café (Hanau) - AG3F (Hanau) - Glocal Group (Hanau) - Die Welle Jugend- u. Familienhilfe Maintal - die Mitarbeiter/innen d. Hanauer Hilfe - Antonio Gallo, Vorsitzender d. Ausländerbeirats Nidderau - Initiative "Wir bleiben hier!" (Hanau/Frankfurt) - hARTmut bARTH-engelbART (Ich-AG aus Gründau) - Hanauer StadtschülerInnenrat - KreisschülerInnenrat im Main-Kinzig-Kreis

Kontakt: Diakonische Flüchtlingshilfe Tel./Fax 06181-184369, Email: df.hanau@gmx.de

Weitere Informationen: www.bleiberecht.info

V.i.S.d.P.: Herwig Putsche, Hanau